

Hinweise zum neuen Fischseuchenrecht

Manfred Braun, BayStMELF

Die Fischerei muss sich auf neue Vorschriften zur Bekämpfung von Fischseuchen einstellen. Diese betreffen zwar in erster Linie die Teichwirtschaft – nach neuer europäischer Terminologie die „Aquakultur“. Der Anwendungsbereich geht aber deutlich darüber hinaus. Erfasst ist z.B. auch die Bewirtschaftung von Angelteichen. Ebenso der Transport von Fischen aus der Teichwirtschaft und das Aussetzen solcher Fische in freie Gewässer. Die einschlägigen Regelungen finden sich im EG-Recht und im Bundesrecht. Nachfolgend können nur Hinweise zur Orientierung gegeben werden. Die Einzelheiten des Vollzugs mit ihren praktischen Problemstellungen hat die zuständige Veterinärverwaltung zu klären.

Aus dem **EG-Recht** sind – in der zeitlichen Reihenfolge ihres Erlasses – folgende Regelwerke zu nennen:

- Richtlinie 2006/88/EG des Rates vom 24. Oktober 2006 (**Aquakulturrichtlinie**), in Kraft seit dem 14.12.2006. Die Aquakulturrichtlinie ist durch den Mitgliedstaat in unmittelbar geltendes Recht umzusetzen.
- Entscheidung 2008/392/EG der Kommission vom 30. April 2008 zur Einrichtung einer Website für Informationen über Aquakulturbetriebe (**Website-Entscheidung**), in Geltung seit dem 01.08.2008. Umzusetzen durch den Mitgliedstaat.
- Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 der Kommission vom 12. Dezember 2008 (**Aquakulturverordnung**), in Geltung seit dem 01.01.2009. Die Aquakulturverordnung gilt unmittelbar in allen Mitgliedstaaten.
- Entscheidung 2008/946/EG der Kommission vom 12. Dezember 2008 über Quarantänevorschriften für Tiere in Aquakultur (**Quarantäne-Entscheidung**), in Geltung seit dem 01.01.2009. Umzusetzen durch den Mitgliedstaat.

Wichtigste Rechtsquelle des **Bundesrechts** ist – erlassen auf der Grundlage des Tierseuchengesetzes – die neue **Fischseuchenverordnung (FSV)** vom 24. November 2008 (BGBl I S. 2315). Die FSV setzt vor allem die o.g. Aquakulturrichtlinie in geltendes Bundesrecht um. Sie ist am 29.11.2008 in Kraft getreten. Die FSV steht im Mittelpunkt der anschließenden Kurzdarstellung. Abschnitt 6 der FSV mit den Vorschriften über besondere Schutzmaßnahmen (§§ 19 bis 28) bleibt ausgespart. Das dort geregelte Vorgehen in bestimmten Situationen vom Verdacht des Ausbruchs bis zum Erlöschen einer Fischseuche bildet den fachlichen Kernbereich der Seuchenbekämpfung.

Anwendungsbereich des Fischseuchenrechts (§ 1 FSV)

Der Geltungsanspruch des Fischseuchenrechts ist vom Ansatz her umfassend. § 1 Abs. 1 FSV legt ohne Einschränkung fest: „Diese Verordnung dient der **Bekämpfung von Seuchen**, die bei Fischen auftreten.“ Zur Eingrenzung werden anschließend bestimmte Ausnahmen normiert, auf die noch einzugehen ist. Es ergibt sich folgender Geltungsbereich:

- Betroffen sind im Grundsatz alle Betriebe der Aquakultur, also vor allem der **Teichwirtschaft**. Einbezogen sind **sämtliche Tätigkeitsfelder** dieses Betriebszweigs, z.B. die Haltung von Elterntieren, die Erbrütung und Vorstreckung sowie die Erzeugung und Vermarktung von Satz- und Speisefischen. Ein **erwerbsmäßiges Handeln ist nicht erforderlich**. Erfasst sind somit auch einschlägige Tätigkeiten eines Fischereivereins.
- Definition des Aquakulturbetriebs:
„Jeder Betrieb, der einer Tätigkeit im Zusammenhang mit der Zucht, Haltung oder Hälterung von Fischen nachgeht“ (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 FSV).

Nachvollziehbare Ausnahmen (§ 1 Abs. 2 FSV)

Die FSV gilt aus einleuchtenden Gründen nicht für

- Fische, die **ausschließlich nicht gewerblich zu Zierzwecken in Aquarien** gehalten werden (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 FSV),
- **wildlebende Fische**, die zur unmittelbaren Verwendung als Lebensmittel gefangen oder geerntet werden (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 FSV). Dem Fischseuchenrecht unterliegen also nicht Fische, die in freien Gewässern gefangen und **ohne Umweg der menschlichen Ernährung** zugeführt werden.

Problematische Ausnahme (§ 1 Abs. 3 FSV)

Entscheidende Bestimmungen zur Vorsorge gegen Seuchengefahren finden keine Anwendung auf Fische, die zu **Zierzwecken** gehalten werden, und zwar

- **gewerblich** in Zoofachgeschäften, Betrieben des Einzelhandels oder des Großhandels oder in gewerblich betriebenen Aquarien und
- **nicht gewerblich** in Gartenteichen.

Die Befreiung setzt voraus, dass die genannten Haltungen **keine direkte Verbindung** zu natürlichen Gewässern haben oder über eine **Abwasseraufbereitungsanlage** verfügen, die das Risiko einer Seuchenübertragung vermeidet.

Mit der weitgehenden Freistellung vom Seuchenrecht ist die **Gefahr des Einschleppens von Fischseuchen** verbunden. Sie kann sich realisieren durch das Inverkehrbringen von Fischen, die in der geschilderten Weise zu „**Zierzwecken**“ gehalten werden. Im Einzelnen gilt:

- Das **Abgeben** der gehaltenen Fische darf zwar die Fische am Bestimmungsort bzw. andere Fische im Hinblick auf Seuchen **nicht gefährden** (§ 12 Abs. 1, § 17 FSV). Konkrete Vorsorgemaßnahmen sind aber nicht gefordert.
- Auch Vorschriften über **Transportmittel, Behältnisse** und den **Wechsel des Transportwassers** gelten (§ 18 FSV).

- Im Übrigen ist das Inverkehrbringen der genannten Fische aber **unkontrolliert** möglich. **Größter Schwachpunkt:** Es gibt keine Sicherheit oder Kontrolle hinsichtlich des Verbleibs und der tatsächlichen Verwendung solcher „Zierfische“!

Pflicht zur Genehmigung oder Registrierung - Grundsätze (§§ 3 bis 6 und 29 FSV)

- Hauptsächlich betroffen von der Pflicht: „**Aquakulturbetriebe**“ (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 FSV – dabei handelt es sich, wie bereits dargestellt, um einen weit gefassten Begriff).
- Verpflichtet: Der **Betreiber** bzw. der **Verantwortliche** (Art. 3 Abs. 1 Buchst. d der Aquakulturrichtlinie).
- Die Genehmigungspflicht entfällt, wenn die (erheblich weniger belastende) **Registrierungspflicht** eingreift (§ 3 Satz 2 FSV). Ob die **Registrierung** ausreicht, ist **vorrangig** zu prüfen.
- Wer vorsätzlich oder fahrlässig ohne die erforderliche Genehmigung oder Registrierung tätig wird, kann wegen einer **Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße bis 25.000 €** belegt werden (§ 29 Abs. 2 Nr. 1 FSV i.V. mit § 76 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 Tierseuchengesetz).

Registrierungspflicht (§§ 6 und 29 FSV)

- Die Registrierung genügt in folgenden Hauptfällen:
 - Betrieb eines „**Angelteichs**“. Dieser ist definiert als „Teich oder sonstige Anlage, in denen der Bestand ausschließlich für die Angelfischerei durch Besatz mit Fischen aus Aquakultur erhalten wird“ (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 FSV).
 - Führung eines Aquakulturbetriebs, der Fische **direkt in kleinen Mengen** ausschließlich für den **menschlichen Verzehr** in den Verkehr bringt. Abnehmer müssen **Endverbraucher** und/oder örtliche **Einzelhandelsunternehmen** sein, die ihrerseits direkt an Endverbraucher abgeben (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 FSV).

„**Kleine Menge**“: Bei Abgabe an Endverbraucher die „**haushaltsübliche**“ Menge. Bei Abgabe an Einzelhandel die Menge des betreffenden Erzeugnisses, die der Einzelhändler **üblicherweise pro Tag** an Verbraucher abgibt.

„**Örtliches Einzelhandelsunternehmen**“: Einzelhändler im Umkreis von **höchstens 100 km**.

- Wer als Verpflichteter die **Anzeige zur Registrierung** (§ 6 Abs. 2 FSV) schuldhaft nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet, kann wegen einer **Ordnungswidrigkeit** mit Bußgeld belegt werden (§ 29 Abs. 2 Nr. 2 FSV).

Genehmigungspflicht (§§ 3 bis 5 FSV)

Die **Genehmigung** ist mit den erforderlichen **Angaben** (§ 5 FSV) zu beantragen, wenn der Aquakulturbetrieb die Bedingungen für eine bloße Registrierung nicht erfüllt, weil er z.B.

- **Satzfische** erzeugt und vermarktet oder
- **Speisefische in größeren Mengen** über den Einzelhandel oder (unabhängig von der Menge) über den Großhandel vermarktet.

Die Genehmigung wird erteilt, wenn insbesondere sichergestellt ist, dass **keine Seuchenerreger übertragen** werden können. Erforderliche **Auflagen** kann die Behörde auch nachträglich festsetzen (§ 4 FSV).

Übergangsvorschriften (§ 30 FSV)

- Eine Anzeige des Betriebs nach der **bisherigen** FSV gilt nach § 30 Abs. 1 Satz 1 FSV als
 - **vorläufige Registrierung**, soweit diese ausreichend ist,
 - **vorläufige Genehmigung**, soweit diese erforderlich ist.

- **Achtung:** Die vorläufige Registrierung oder Genehmigung **erlischt Ende Mai 2009**, wenn nicht vorher die Anzeige für die Registrierung erfolgt oder die Genehmigung beantragt wird (§ 30 Abs. 1 Satz 2 FSV).

Untersuchungspflichten – Tiergesundheitsüberwachung (§ 7 Abs. 1 und 2 FSV)

- Betroffen: **Genehmigungspflichtiger** Aquakulturbetrieb, in dem Fischarten gehalten werden, die für VHS, IHN, KHV oder ISA „**empfindlich**“ sind, also mit diesen Seuchen infiziert werden können (§ 7 Abs. 1 FSV i.V. mit Anhang I Buchst. n Aquakulturrichtlinie).
- Der Betreiber bzw. Verantwortliche hat **von sich aus risikoorientierte Untersuchungen** von Fischen der betreffenden Arten zu veranlassen. Soweit erforderlich durch ein von der Behörde benanntes **Laboratorium** (§ 7 Abs. 1 FSV i.V. mit Art. 10 Abs. 3 und Anhang III Teil B Aquakulturrichtlinie).
- Besteht zwar **keine Genehmigungspflicht**, aber ein **Infektionsrisiko**, so kann die Behörde entsprechende Untersuchungen anordnen (§ 7 Abs. 2 FSV).

Mitteilungspflicht (§ 7 Abs. 3, § 29 FSV)

- Sachverhalt: Bei Fischen aus Aquakultur wird eine „**erhöhte Sterblichkeitsrate**“ festgestellt, die nicht eindeutig auf Haltung oder Transport zurückzuführen ist. Der Betreiber oder sonst Verantwortliche hat die Feststellung unverzüglich der Behörde mitzuteilen. **Zweck:** Weitere Ermittlungen wegen evtl. Seuchengefahr.
- Auslöser der Mitteilungspflicht ist nach EG-Recht eine „erhöhte Mortalität“, also eine **deutlich über dem normalen Niveau** liegende Sterblichkeit (Anhang I Buchst. j Aquakulturrichtlinie).
- Sofern die Mitteilung schuldhaft nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig gemacht wird: **Ordnungswidrigkeit** (§ 29 Abs. 2 Nr. 3 FSV).

Buchführungspflicht (§ 8 FSV), Informations-Website

- Über bestimmte Vorgänge, Feststellungen sowie Untersuchungsergebnisse hat der **Betreiber detailliert Buch** zu führen (§ 8 FSV).
- Die Aufzeichnungen sind ab Ende des betreffenden Jahrs mindestens drei Jahre lang aufzubewahren.
- Schuldhafte Verletzung der Buchführungs- oder Aufbewahrungspflicht: **Ordnungswidrigkeit** (§ 29 Abs. 2 Nrn. 4 und 5 FSV).
- Nach der **Website-Entscheidung der EU** hat der Staat die **genehmigten** Aquakulturbetriebe (ggf. auch registrierte Betriebe und Angelteiche) mit bestimmten Daten bis zum **31. Juli 2009** in eine Informations-Website aufzunehmen. Diese Datei ist der **Öffentlichkeit** zugänglich zu machen. Das ist wegen der **Sensibilität mancher Daten** nicht unproblematisch.

Behördliche Überwachung (§ 9 FSV)

- Genehmigungspflichtige Betriebe hat die Behörde **risikoorientiert zu kontrollieren**. Diese Kontrollpflicht steht unabhängig neben der Tiergesundheitsüberwachung durch den Betreiber, ist mit dieser aber möglichst **abzustimmen**.
- Soweit zur Seuchenbekämpfung erforderlich, kann die Behörde Fische aus bestimmten Aquakulturbetrieben **amtstierärztlich untersuchen** lassen.

Inverkehrbringen von Fischen aus Aquakultur – Grundsätze (§ 12 FSV)

- **Zweck** der Vorschriften: Vermeidung von **Gefahren**, insbesondere durch die Seuchen VHS, IHN, KHV und ISA.
- Das Inverkehrbringen darf die Fische am Bestimmungsort im Hinblick auf die genannten Seuchen **nicht gefährden**.

Tiergesundheitsbescheinigung (§§ 13 und 29 Abs. 2 Nr. 7 FSV)

- Fische aus Aquakultur müssen beim Verbringen in
 - ein **Schutzgebiet**, d.h. ein von bestimmten Seuchen freies Gebiet (§ 10 FSV), oder
 - ein Gebiet mit einem genehmigten Überwachungs- oder Tilgungsprogramm grundsätzlich von einer **Tiergesundheitsbescheinigung** begleitet sein.
- Ausnahmen von der Bescheinigungspflicht:
 - Die Fische werden **unmittelbar zum menschlichen Verzehr**, also nicht zur Weiterverarbeitung (Begriff: Anhang I Buchst. i Aquakulturrichtlinie) für diesen Zweck, verbracht oder
 - die Fische sind vor dem Versand **getötet und ausgenommen** worden.
- Schuldhaftes Verbringen ohne die erforderliche Tiergesundheitsbescheinigung: **Ordnungswidrigkeit** nach § 29 Abs. 2 Nr. 7 FSV.

Inverkehrbringen für Haltung oder Besatz (§ 14 FSV)

- **Grundvoraussetzungen** für das Inverkehrbringen von Fischen aus Aquakultur zu diesen Zwecken (§ 14 Abs. 1 FSV): Die Fische
 - sind klinisch gesund,
 - stammen nicht aus einem Betrieb mit ungeklärter erhöhter Sterblichkeit und
 - nicht aus einem genehmigten Verarbeitungsbetrieb.
- Verbringen in **Schutzgebiete** (§ 10 FSV) nur, soweit die Fische selbst aus Schutzgebieten stammen (§ 14 Abs. 3 FSV).
- Auf **Anordnung der Behörde** dürfen in freie Gewässer und Angelteiche nur Fische aus seuchenfreien Schutzgebieten verbracht werden (§ 14 Abs. 4 FSV).

Inverkehrbringen zur Weiterverarbeitung (§ 15 FSV)

- Die Regelung betrifft Fische aus Aquakultur, die

- **empfindlich** sind für VHS, IHN, KHV oder ISA **und**
- in von diesen Seuchen freie **Schutzgebiete (§ 10 FSV)** verbracht werden **und**
- zur **Weiterverarbeitung**, d.h. zu einer in die Unversehrtheit der Fische eingreifenden Behandlung für den menschlichen Verzehr (Anhang I Buchst. i Aquakulturrichtlinie), bestimmt sind.
- Inverkehrbringen der genannten Fische in **seuchefreie Schutzgebiete** nur
 - aus einem von den o.g. Seuchen **freien Schutzgebiet oder**
 - aus einem zugelassenen, gegen Seuchenübertragung gesicherten Verarbeitungsbetrieb **oder**
 - wenn die Fische vor dem Versand **getötet und ausgenommen** werden.

Inverkehrbringen wildlebender Fische (§ 16 FSV)

- Die Regelung betrifft Fische, die
 - vor ihrem Fang wildlebend waren, d.h. aus einem **freien Gewässer** stammen **und**
 - **empfindlich** sind für eine bestimmte Seuche, insbesondere VHS, IHN, KHV oder ISA **und**
 - **nicht** aus einem von der betreffenden Seuche freien **Schutzgebiet** stammen.
- Inverkehrbringen der genannten Fische in einen **Aquakulturbetrieb** in einem von der betreffenden Seuche **freien Schutzgebiet** nur
 - nach behördlich überwachter **Quarantäne** (mit negativem Ergebnis),
 - deren Dauer gem. Art. 13 Abs. 1 der Quarantäne-Entscheidung **mindestens 60 Tage** betragen hat.

Aussetzen von Fischen aus Aquakultur (§ 14 Abs. 2 FSV und Aquakulturerverordnung)

- Als **Satzfische** in freie Gewässer oder in Angelteiche nur, soweit sie die Grundvoraussetzungen nach § 14 Abs. 1 FSV (s. oben) erfüllen (§ 14 Abs. 2 FSV).

- Aus Drittländern in die Gemeinschaft **eingeführte Fische als Satzische** in freie Gewässer nur mit behördlicher **Genehmigung** (Art. 15 Abs. 2 Aquakulturverordnung).
- Für **Zierzwecke** gem. Art. 2 Buchst. a Aquakulturverordnung gehaltene Fische in Zuchtbetriebe, Angelteiche oder freie Gewässer nur mit behördlicher **Genehmigung** (Art. 4 Abs. 2 Aquakulturverordnung).

Transport von Fischen aus Aquakultur (§§ 18 und 29 Abs. 2 Nr. 8 FSV)

- § 18 FSV regelt Anforderungen an
 - Fahrzeuge und Behältnisse für den Transport,
 - den Wechsel des Transportwassers und
 - das Reinigen und Desinfizieren von Fahrzeugen, Behältnissen und Geräten.
- Wer schuldhaft Transportwasser oder Reinigungsflüssigkeiten unzulässig in ein Gewässer einleitet, begeht eine **Ordnungswidrigkeit** nach § 29 Abs. 2 Nr. 8 FSV.